

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn
Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn, des Amtsgerichts Pulsnitz behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 7

96. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. — Geschäftsstelle: Nur Adolf-Dittler-Str. 2. Fernruf nur 551

Montag, den 10. Januar 1944

Bezugspreis: Bei Abholung 14 tgl. 1.— RM., im Haus 1.10 RM. einschließlich 12 bezgl. 15 Pfg. Frägerlohn. Postbezug monatlich 2.50 RM.

Stalins Ohrfeige für den Bundesgenossen

Rege Diskussion in der Polenfrage — London und Washington fühlen sich gerüffelt

Der „Prawda“-Artikel, in dem Stalin den Anglo-Amerikanern deutlich zu verstehen gibt, daß er sich ihre Einmischung in ost-europäische Fragen energisch verbittet, steht weiterhin im Mittelpunkt der Erörterungen englischer und amerikanischer Zeitungen. Das Echo, das dieser von Stalin inspirierte, wenn nicht von ihm selbst verfaßte Artikel gefunden hat, beweist, daß man in England und in den USA verstanden hat, daß die „Prawda“-Ausführungen weniger Billigkeit als den Anglo-Amerikanern überhaupt gelten. Man empfindet an der Thematik und im Weißen Haus die Ohrfeige, die ihnen der Kreml-Diktator verabreicht hat, und es ist interessant, zu verfolgen, wie die Reaktion der Anglo-Amerikaner darauf ist.

Die „New York Times“, in der bekanntlich der Neujahrsartikel Willkies veröffentlicht wurde, der die scharfe Antwort der „Prawda“ auslöste, stellt nunmehr scharfsinnig fest, die „Prawda“-Auslassungen würden in Washington als ein Hinweis an die Engländer und die USA angesehen, ihre Hände von Polen und anderen Staaten zu lassen, deren Grenzen sich die Sowjettruppen näherten. Im übrigen stellt die „New York Times“ die Ueberraschung Wendell Willkies über den heftigen sowjetischen Anwurf gegen ihn fest, wo doch Willkie seinen Artikel als sowjetfreundlich betrachtete. Die Ueberraschung Willkies ist nicht gerade ein Zeugnis für seinen politischen Scharfsinn und den anderen Politiker um Roosevelt. In der ihnen eigenen Ueberheblichkeit und Neumannlichkeit glauben sie, ein Urteil über die europäische Lage zu haben, und sie machen sich an dementsprechend Entscheidungen in europäischen Fragen zu treffen. Jetzt bekommen sie sehr deutlich von Moskau zu verstehen, daß sie Schwachköpfe sind und daß sie besser die Finger von Dingen lassen, durch die sie den Kreml erheblich verschumpfen können. Dieser Wendell Willkie, der Allweltspolitiker, der seine Nase in alle Dinge steckt, und von allem etwas verstehen will, muß nunmehr entdecken, daß man ihn in Moskau erheblich anders einschätzt, als er es annahm. So wie ihm, geht es auch dem anderen politischen Klüngel, der im Weißen Haus ein Wort mitredet.

Die sowjetisch-polnische Frage wird nach diesem „Prawda“-Artikel in London und Washington auch sehr viel wichtiger behandelt. Die Engländer bemühen sich, so schnell wie möglich sich die sowjetische Auffassung zu eigen zu machen, um nicht Anstoß in Moskau zu erregen. So erklärt Bernard Bartlett im „News Chronicle“, die britische Ansicht gehe dahin, daß die Stärke Polens weniger von dem Umfang seines Gebietes abhängt als von seinen Beziehungen zu seinen Nachbarn. Das ist wieder ein Versuch der Engländer, sich mit einer faulen Nase von den Verpflichtungen zurückzuziehen, die sie seinerzeit einmal Polen gegenüber eingegangen waren. Heute will man in London von all den Verpflichtungen an Polen nichts wissen, nachdem England Europa an den Bolschewismus verraten hat. Hätte man in London 1939 die Ueberzeugung gehabt, die Bernard Bartlett jetzt ausspricht, dann hätte sich der ganze Weltkrieg, der für alle Beteiligten mit schweren Opfern verbunden ist, vermeiden lassen. Aber damals hielt es England für angebracht, den Krieg vom Zaune zu brechen, weil es angeblich verhindern wollte, daß das deutsche Danzig zum Reich zurückkäme.

Heuchelei ohnegleichen

Der „Daily Herald“ erklärt mit einem Eynismus und einer Heuchelei ohnegleichen, die Sowjetregierung habe die Grenze von 1920 niemals als gerechte Grenze anerkannt und stets das weißrussische und westukrainische Gebiet als gewaltsam abgetrennt betrachtet. Der „Daily Herald“ tut so, als habe England 1920 diesen bolschewistischen Standpunkt voll und ganz gewürdigt, und überführt, daß sich damals die englische Politik nicht zuletzt derselben Churchill, der sich und sein Volk dem Bolschewismus verkaufte hat, als entlichene Feinde der Sowjets gebürdeten. — Mit der gleichen Verlogenheit und Ueberheblichkeit bezeichnet die „New York Herald Tribune“ die amtliche Erklärung der polnischen Emigrantenclique zum Grenzstreit mit dem Sowjets als eine „Nartheit“ und bemerkt in einem Leitartikel mit beihendem Hohn, die polnische Idee, daß die amerikanische Öffentlichkeit den Krieg wegen komplizierter und oft unehrerlicher Streitigkeiten unterbrechen werde, die sich im Zusammenhang mit der Diktatorfrage eräuben, sei eine der phantastischen und gefährlichsten Illusionen der Welt. Diese Stellungnahme ist um so wertvoller, als ja schließlich wegen solcher Streitigkeiten der Krieg vom Raun gebrochen wurde.

Einen grotesken Beitrag zum Fall Polen liefert der demokratische US-Abgeordnete William B. Barron. Er erklärte, Stalin solle ohne Zögern bekanntgeben, daß die Sowjetarmee Polen „befreien“ wolle. Das sei, so sagte er, „eine goldene Gelegenheit für Stalin, alle Zweifel zu beseitigen, die in den Hirnen der nicht-kommunistischen Länder über die ernste Absicht der Sowjetunion zu einer Zusammenarbeit mit anderen Nationen für einen dauer-

Musruf Boses an das indische Volk

Provisorische Regierung „Freies Indien“ nach Burma vorverlegt
Subhas Chandra Bose, der Chef der provisorischen Regierung „Freies Indien“ traf auf dem Luftwege in einem nicht genannten Stützpunkt in Burma ein, wo er von burmesischen und japanischen Persönlichkeiten mit dem Vikipadi Ba Maw und dem japanischen Vorkämpfer in Burma, Sawada, an der Spitze, herzlich begrüßt wurde.

Bose besichtigte zunächst eine Truppenabteilung der indischen Nationalarmee und stattete dann dem Vikipadi Ba Maw sowie dem Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte in Burma Besuche ab.

Unmittelbar darauf kündigte Bose an, daß die provisorische Regierung „Freies Indien“ nach Burma vorgeschoben worden sei. Die indische Unabhängigkeitsbewegung habe nunmehr ihren Höhepunkt erreicht. Später hielt Bose seine erste Kundfunkansprache von Burma aus an das indische Volk in der Heimat, wobei er Mitteilung von diesem historischen Ereignis machte. In einer Presseunterredung betonte Bose erneut seine feste Entschlossenheit, die anglo-amerikanische Herrschaft zu vernichten.

haften Frieden in der Nachkriegswelt“ bestehen könnten. Der USA-Abgeordnete gibt ein verblüffendes Beispiel von der Geistesverfassung und Sockelpflichtigkeit der demokratischen Weltverbesserer. Die Antwort auf seinen sinnvollen Vorschlag hat die „Prawda“ in ihrer Entgegnung auf das Willie-Geschwätz in unzweideutiger Form den demokratischen Fackelträgern in den USA erteilt.

In die Diskussion um die polnisch-sowjetische Frage mischt sich jetzt auch das Organ der sogenannten „Union polnischer Patrioten in Moskau“ die „Boynna Polka“. Hier kommen die von Stalin in gekauftem Polen zu Wort, die sich bereithalten, den Auftrag des Kremles zu erfüllen, der dahin geht, Polen zu einem bolschewistischen Protektoratsgebiet zu machen. Die „Boynna Polka“ richtet heftige Angriffe gegen die polnische Emigrantenclique und stellt ihrerseits ein Programm für die Nachkriegszeit auf, das ganz den Forderungen des Kremles entspricht und u. a. folgende Punkte enthält: 1. „Die Bestukraine und Weißrußland gehören zur Sowjetunion“, 2. Errichtung eines „demokratischen und parlamentarischen Regimes in Polen“. Das sind die gleichen Forderungen, die Moskau stellt. Sie könnten ebenso gut in der „Prawda“ stehen wie in der „Boynna Polka“, und sie kennzeichnen damit das polnische Blatt als Sprachrohr Stalins.

Im übrigen können wir nur noch einmal feststellen, daß diese ganze Diskussion unzeitgemäß und überflüssig ist. Der Feind zerlegt bereits das Fell des Bären, der noch gar nicht erlegt ist und niemals erlegt werden wird. Ueber das Schicksal Polens und über die Grenzfragen im Osten werden weder der Kreml noch der plutokratisch-demokratische Klüngel in London und Washington entscheiden, und schon gar nicht die polnische Emigrantenclique. Die Polen verspüren wenig Lust, einmal Sowjetbürger zu werden. Ihnen steht das Schicksal der baltischen Staaten und der Ukraine während der Zeit des bolschewistischen Blutregimes deutlich vor Augen. Katyn ist für sie eine eindringliche Warnung, die sie nicht vergessen werden. Sie haben inzwischen längst erkannt, daß sie im Generalgouvernement im Frieden leben und dort ihre Ordnung haben, und sie haben nicht die geringste Sehnsucht nach den bolschewistischen „Freiheitsaposteln“.

Glänzender japanischer Luftsieg

39 Feindflugzeuge über Rabaul abgeschossen

Das Kaiserliche Hauptquartier Japans gab folgenden Bericht heraus:

Kaiserliche Marineluftstreitkräfte griffen einen Verband von 40 feindlichen Zögern an, der verlor, Rabaul anzugreifen, und schossen bei einem eigenen Verlust acht Maschinen ab. Am anderen Morgen stellten Kaiserliche Marineluftstreitkräfte erneut einen feindlichen Fliegerverband von 230 Maschinen, der Rabaul angreifen sollte, zum Kampf und schossen 31 Flugzeuge ab. Zwei eigene Flugzeuge kehrten noch nicht zu ihren Stützpunkten zurück.

Luftparade über Tokio

Begeisterung unter der Bevölkerung

Eine eindrucksvolle Demonstration der Stärke der japanischen Luftwaffe erlebte die Bevölkerung Tokios. So weit das Auge reicht, war der Himmel bedeckt mit Formationen modernster „Donryu“-Bomber, „Shinsjitei“-Aufklärer und „Shoki“-Zäger. 750 Armeeflugzeuge, geführt von Generalleutnant Masuota, dominierten dahin, um der kaiserlichen Hauptstadt einen Neujahrsbesuch abzuhalten. Die weltberühmte Hauptgeschäftsstraße Ginza bot ein buntes Bild der Begeisterung. Frauen und Mädchen in farbenreichen Kimonos, Umlauber und Zivilisten winkten den Fliegern zu. Nachdem die Bevölkerung durch Presse und Rundfunk zu Beginn des neuen Jahres mit der Tatsache vertraut gemacht worden war, daß 1944 ein entscheidender Abschnitt des Weltkriegens komme, wurde die Luftparade begrüßt als Zeichen für Japans quantitative und qualitative Stärke in der Luft.

Ritterkreuzträger des Heeres

Der Führer verlieh das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an: Hauptmann Winter Hellmich, Batteriechef in einer Sturmgeschützabteilung; Oberleutnant Günther Konopacki, Führer einer Aufklärungsabteilung; Oberleutnant d. R. Kurt Flad, Batteriechef in einem Artillerieregiment; Leutnant d. R. Franz Begemann, Kompaniechef in einer Panzerabteilung.

Zum 15jährigen Bestehen der Ustascha-Bewegung bringen die Agamer Tagesblätter einen Aufsatz des Chefs der Propagandaabteilung im Ustascha-Hauptquartier, in dem die Organisierung und geistige Stärkung des kroatischen Volkes sowie der Kampf gegen den Vandalenterror als die geschichtliche Aufgabe der Ustascha-Bewegung bezeichnet werden.

Profitgier der amerikanischen Hochfinanz

„Die USA gehen einer Periode sozialer Krisen entgegen“, schreibt die Monatschrift „Fortune“ in einer längeren Untersuchung über die Einstellung des USA-Arbeiters zum Krieg. Die Zeitschrift glaubt feststellen zu können, die Vereinigten Staaten befänden sich in einem Prozeß, der zur Schaffung von Parteien führe wie in Europa. Immer breitere Schichten der amerikanischen Arbeiterschaft fühlten sich davon überzeugt, daß die Arbeitgeber härter an ihren Profitten als am Lande selbst interessiert seien, daß der Grundsatz der Gleichheit der Opfer für alle im Krieg ein großer Volksbetrug sei, daß die Regierung nicht neutral, sondern eine Regierung der Hochfinanz sei.

Die immer fühlbarer werdenden Kriegskonsequenzen, so schreibt „Fortune“ weiter, stürken in den USA nicht etwa die nationale Einheit und den sozialen Frieden, sondern zersetzten sie. Diese Entwicklung werde beschleunigt durch ungeheure Opfer, wie den Ankauf von Kriegsanleihen, der unter unwiderstehlichem sozialem und wirtschaftlichem Druck erzwungen werde, die ständig an-

Plutokraten die Schrittmacher des Bolschewismus

Ein Jahr genügt, um Nordafrika zum Sprungbrett der Sowjets nach Europa hin zu verwandeln

Seit die anglo-amerikanische „Armada“ an den Küsten Nordafrikas Unter warf, um eine von bambaftischem propagandistischem Geschrei begleitete „Invasion“ zu inszenieren, ist wenig mehr als ein Jahr vergangen. Dieses Jahr genügt, um aus einem mit allen Mitteln der Agitation aus der Taufe gehobenen strategischen Erfolg der Briten und Amerikaner einen bolschewistischen Bräutertopf werden zu lassen, von dem aus die Agenten Stalins nicht nur ihre Parolen, sondern auch ihre imperialistischen Ambitionen nach dem europäischen Festlande hinüberpielen lassen. Bezeichnend für diesen augenblicklichen Stand des politischen Kräftespiels in Nordafrika ist die kürzlich mit spontanem Beifall aufgenommene Äußerung eines sowjetischen Abgeordneten in der sogenannten beratenden Kammer in Algier. Dieser Abgeordnete forderte offen die Sowjetisierung Europas nach Kriegsende.

Was sich nun im vergangenen Jahre nach dem Abschluß des militärischen Aktes in Nordafrika dort auf politischer Basis abspielte, ist ein Musterbeispiel für die „Hohe Schule“ der bolschewistischen Infiltration und für die in diesem Kriege bereits historisch gewordene Erkenntnis, daß die Anglo-Amerikaner Schrittmacher des Bolschewismus sind, wofin sie auch immer im Verlaufe ihrer militärischen Aktionen gelangen mögen. Das derzeitige Stadium der Entwicklung in Nordafrika begann im Februar 1943 mit der Freilassung von achtundzwanzig kommunistischen Abgeordneten durch Giraud. Diese achtundzwanzig Kommunisten bildeten zusammen mit einer gaullistischen Minderheit und einer nach bekanntem Muster für den Bolschewismus gewonnenen Menge unzufriedener Elemente den Hebel für die Sowjets über de Gaulle hinweg gegen Giraud selbst und hatten damit die Möglichkeit, gegen den angelsächsischen Führungsanspruch vorzugehen. Die aus diesen Anfängen resultierende zweite Phase im politischen Kräftepiel Nordafrikas wird gekennzeichnet durch das Eintreffen de Gaulles in Algier und die in die gleiche Zeit fallende Legalisierung der dortigen kommunistischen Partei. Die Kommunisten waren nun in der Lage verkehrt, ihren großartig vorbereiteten Agitationsapparat in Tätigkeit zu setzen.

Diese beiden ersten Stappen der bolschewistischen Infiltration sind die Grundsteine für die nun folgende Sicherung der bolschewistischen Organisation nach innen und außen. Nach innen wurde sie gewährleistet durch die Ueberziehung Nordafrikas mit einem dichten Netz von örtlichen politischen Kommandos und Befehlshaltern. Nach außen wurde, einem alten moskowitzischen Prinzip folgend, die Arbeit als getarnte, nationale, patriotische, demokratische Partei systematisch fortgesetzt, und zwar unter Ausnutzung der nordafrikanischen Opposition gegen Vichy sowie unter gleichzeitiger Proklamierung des Kampfes für die Wiedereinführung der Cremieux-Gesetze, mit der die jüdische Unterfütterung gesichert werden sollte. Hand in Hand mit diesem Manöver ging die Sicherung der Einflußnahme innerhalb der gaullistischen Organisationen auf dem Umwege ihrer personellen Durchdringung, Neuaufbau alter Bewerkschaften, Gründung von Verbraucherverbänden und Neueröffnung der Liga für Zivilinternierte, der Liga für Menschenrechte und nicht zuletzt der berichtigten Liga des Juden Bernhard Berache. Der nächste Schachzug des Kremles wirkte sich unmittelbar durch die Anerkennung des Algierkomitees durch die Sowjetunion aus. Nachdem der stellvertretende Außenkommissar des Kremles, Wolschinski, als Delegierter für den Mittelmeerraum aus dem großen Stab von Agenten unter der Flagge einer „sowjetrussischen Militärmission“ ebenfalls in Algier eingetroffen war, wurde die Agitationstätigkeit der offiziellen bolschewistischen Vertreter Anfang November des vergangenen Jahres mit allen Mitteln intensiviert. Ende des Jahres wurde der Schlüsselstein zu dem bolschewistischen Bräutertopf Nordafrika dadurch gelegt, daß sich bei dem Zusammentritt der „beratenden Kammer“ die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialisten und anderen Linksgruppen die Kammermehrheit verschafften und sich so den „legalen“ Führungsanspruch sicherten. Die kommunistische Agitation konnte nun dazu übergehen, nicht mehr ausschließlich gegen die Feinde de Gaulles zu arbeiten, sondern in breiter Front unter Herauskehrung öffentlicher bolschewistischer Parolen gegen die Gegner des Kommunismus vorzugehen. De Gaulle war von den Kommunisten in diesem Stadium bereits überspielt. Die Bolschewisten vollendeten ihr Werk in Nordafrika, indem sie auf einen Appell de Gaulles mit Forderungen antworteten, die dieser nur noch ablehnen konnte. Die Kommunisten inszenierten darauf am 15. November eine Massendemonstration, bei der sie die Schuld für das Scheitern eines Kompromisses de Gaulle in die Schuhe schoben. Damit war de Gaulle endgültig und offiziell bannt erklärt und mit ihm eine kleine Schar politisch interessierter Sintermänner in London und Washington, die auf ihn ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten.

Der bolschewistische Bräutertopf Nordafrika ist seitdem eine akute politische Tatsache, deren Liquidierung ausschließlich durch den Sieg der Mächte zu erwarten ist, die die Ausmerzung der bolschewistischen Weltgefahr zu ihrem Kriegsziel erhoben hatten.

Bittere Erkenntnisse einer amerikanischen Zeitschrift

steigenden Lebenshaltungskosten, zu denen die amtlichen Statistiken in keinerlei Verhältnis ständen, und die direkt wie indirekte Steuern. In gleicher Form wirkten die politischen Kriegsoffer, die sich vor allem darin ausdrückten, daß Roosevelt offen sein altes Bündnis mit der Arbeiterchaft gebrochen habe und sich auf die Seite der Großunternehmer stelle. Das bedeutet noch nicht, daß die amerikanische Arbeiterschaft bewußt Sozialismus fordere; im Augenblick wüßten die amerikanischen Arbeiter nur, was sie nicht wollten: ein staatliches System, in dem die Beschäftigungslosigkeit der breiten Masse sich alle 25 Jahre mit einem apokalyptischen Weltkrieg abwechselte, zumal sie jetzt hinter den Kulissen von einem dritten Weltkrieg reden hörten.

Bertrauen in die Zukunft befähigen sie teins; sie erwarteten lediglich eine noch katastrophalere Depressionsperiode als die bereits nach dem ersten Weltkrieg erlebte. Dieser kolossale Mangel an Vertrauen in die Zukunft bedeutet, daß die amerikanischen Arbeiter völlig das Vertrauen in die Fähigkeit des Kapitalismus

